

Den 1. November 2023
Generalsekretär

Stellungnahme zum Bericht zur Förderung der Nachbarsprache Dänisch Bericht der Landesregierung, Drucksache 20/730

Einleitend bedankt sich Sydslesvigsk Forening e.V. (SSF) dafür, dass die dänische Minderheit Gelegenheit bekommt, zum Bericht der Landesregierung zur Förderung der Nachbarsprache Stellung zu nehmen.

Es ist positiv, dass man von deutscher Seite darauf aufmerksam ist, dass erweiterte und verbesserte dänische Sprachkenntnisse südlich von der dänisch-deutschen Grenze eine Voraussetzung dafür sind, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Grenzregion, Potential zu Gunsten der Bürger und Bürgerinnen ist. Die dänische Minderheit erwartet, dass weiterhin ein politischer Einsatz geleistet wird, um die dänische Sprache als obligatorische Fremdsprache von der Grundschule bis zum Abitur zu etablieren.

Das Wachstumspotential der Grenzregion kann unter anderem durch unsere dänisch-deutsche Zusammenarbeit in den Bereichen der Berufsausbildung, der mittleren und langen weiterführenden Bildung, dem gemeinsamen, regionalen Arbeitsmarkt, Kooperationen im Forschungs- und Innovationsbereich, der Wirtschaftsentwicklung und dem Klimaschutz verstärkt werden. Allein die vielen Projekte im Interreg-Programm zeigen, dass es ein größeres Potential gibt, wenn man sich von deutscher Seite aus verstärkt auf die Vermittlung der dänischen Sprachkenntnisse und das interkulturelle Verständnis fokussiert.

Das unterstreicht, dass Ausbildung und Bildung im Bereich der dänisch-deutschen Geschichte und erweiterte Kenntnisse zur dänischen Sprache und Kultur bzw. Werte viele Möglichkeiten öffnet, die dazu beitragen können, die Grenzregion zu stärken.

Die Zahlen der Teilnehmer am dänischen Unterricht aus dem Schuljahr 2022/2023 zeigen eine positive Entwicklung, besonders wenn man bedenkt, dass es sich hierbei um freiwilligen Unterricht handelt. Das Ziel sollte sein, obligatorischen Dänisch Unterricht an Grundschulen und weiterführenden Schulen zu sichern.

Die Besonderheit an der dänisch-deutschen Grenzregion ist, dass Dänisch in diesem Bereich nicht nur eine Nachbar-, sondern auch eine Minderheitensprache ist.

SSF stimmt der Betrachtung zu, je mehr Dänisch im öffentlichen Raum sichtbar ist, desto stärker ist die Minderheitensprache. Gleichzeitig ist es minderheitenpolitisch wichtig, zwischen der dänischen Nationalsprache und der dänischen Minderheitensprache zu unterscheiden. Letzteres hat mit Bestimmungen des Völkerrechts zu tun, welche der dänischen Volksgruppe seit Jahrhunderten das Recht gewährleistet, ihre eigene Sprache zu sprechen und ihre Kultur sowie ihre Identität im Siedlungsgebiet auszuleben. Deshalb ist der Standpunkt der dänischen Minderheit, dass auf dieser Grundlage bessere dänische Sprachkenntnisse vermittelt werden müssen. Es sollte von Beamten verlangt werden, dass sie über dänische Sprachkenntnisse verfügen. Dänisch sollte der deutschen Amtssprache gleichgestellt werden – die Aufgabe, die dänische Sprache durch dänisch-sprachige Programme zu vermitteln, muss im NDR endlich ernst genommen werden.

Die dänische Minderheit ist keine Einwandererminderheit, die sich willkürlich in Schleswig-Holstein niedergelassen hat und Anerkennung fordert. Die Dänisch-Gesinnten waren schon immer dort, weshalb ihre Sprache und Kultur ebenso heimisch und natürlich verwurzelt sind, wie die deutsche Sprache und Kultur. Diese Grundhaltung sollte in Sachen Anerkennung und Gleichberechtigung gelten. Daher unterstützt der SSF den Handlungsplan der Sprachenpolitik der Landesregierung und freut sich darauf, diesen Teil der Schleswig-Holsteinischen Minderheitenpolitik gemeinsam weiterzuentwickeln.

Absender:
Generalsekretär Jens A. Christiansen
Kontakt: jac@syfo.de